

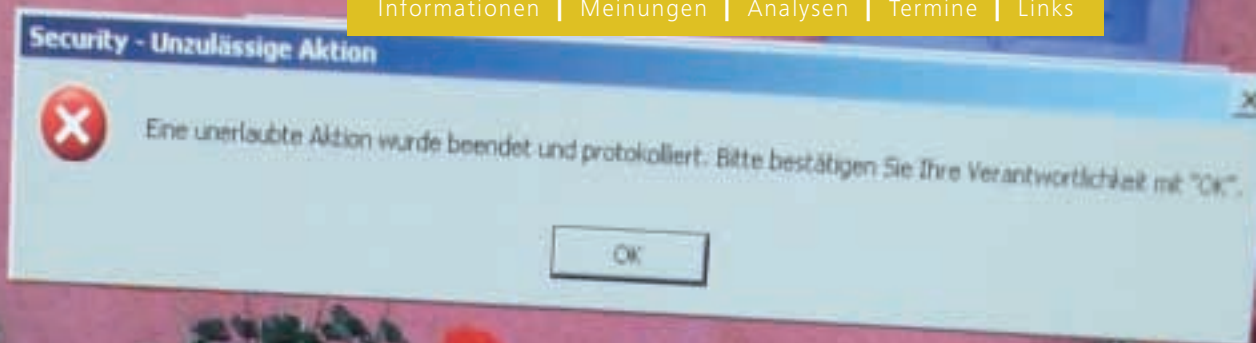
ver.di

vau

**UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER**

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links

EOSS: Alles unter Kontrolle



Seite 4

GJAV-Wahl: 21. Mai 2008

Alles unter Kontrolle ...



„Wir sind im Plan ...“ verspricht die Senatsverwaltung ein ums andere Mal und meint dabei auch, dass die Einführung von EOSS erfolgreich sei. Wie ehemalige Bürger der DDR wissen, muss man bei „Planerfüllung“ nicht unbedingt davon ausgehen, dass der Bedarf tatsächlich gedeckt wird oder die offiziellen Meldungen der Wirklichkeit entsprechen.

Abgelenkt durch die vielen Probleme mit der EOSS-Software ist den meisten Anwendern noch gar nicht bewusst geworden, dass sich seit Einführung des neuen Programms die Kontrollmöglichkeiten entscheidend verändert haben. Die Sachgebietsleiter(innen) müssen nun nicht mehr auf die monatlichen Statistiken warten, sondern können für jede Dienstkraft aus ihrem Sachgebiet die individuelle Speicherübersicht aufrufen – und dies vor allem von den Kolleginnen und Kollegen völlig unbemerkt. Alle datentechnisch bearbeiteten Fälle tauchen hier auf – und der Umfang der Bearbeitung auch. Die Arbeitsschritte bleiben mindestens zwei Tage lang sichtbar und findige Sachgebietsleiter(innen) haben längst herausgefunden, wie sie über das Fertigen einer Hardcopy diese Listen auch ausdrucken und damit archivieren können. Ganz einfach können so individuelle Leistungsprotokolle aufgezeichnet werden.

Diese Möglichkeit der heimlichen Kontrolle ist nicht nur unangenehm, sie ist – wie ver.di findet – auch unzulässig und gefährlich. Nicht nur, dass ein erheblicher Vertrauensverlust zwischen Beschäftigten und Vorgesetzten droht, es besteht zudem die Gefahr, dass falsche Schlüsse gezogen und die individuellen Leistungen endgültig nur noch nach der Quantität und überhaupt nicht mehr nach der Qualität der Arbeit beurteilt werden. Auch viele Vorgesetzte fühlen sich mit dieser Kontrollmöglichkeit sehr unwohl, denn sie wollen sich nicht durch die datentechnischen Tagesformen in ihrem Beurteilungsvermögen beeinflussen lassen.

Überflüssig zu erwähnen, dass der GPR von dieser neuen Kontrollmöglichkeit nicht offiziell informiert wur-

de und schon gar nicht so beteiligt wurde, wie es das Gesetz verlangt. An einer Mitbestimmung des GPR scheint SenFin nicht interessiert. Hier sieht man erwartungsgemäß das Problem nicht als besonders dringlich an. Dem Vernehmen nach sieht SenFin durch die Speicherübersicht keine weitergehende Überwachungsmöglichkeit im Vergleich zu bisherigen Verfahren!

Die neuen Kontrollmöglichkeiten passen zu dem Menschenbild, das EOSS insgesamt auszeichnet. Das gesamte Verfahren begegnet den Anwenderinnen und Anwendern unpersönlich und mit großem Misstrauen. Dies beginnt bereits mit der täglichen Anmeldung, die nicht mehr mit dem Namen sondern mit einer unpersönlichen Nummer erfolgt. Jede(r) Beschäftigte wird so zu einer Struktureinheit degradiert. Und es endet noch lange nicht bei der temporären Zuständigkeitsübertragung (TZÜ), ein klarer Misstrauensbeweis gegenüber den Kolleginnen und Kollegen der Rechtsbehelfsstellen und der Betriebsprüfung, denen offensichtlich ständiger Missbrauch der Abfrage- und Änderungsmöglichkeiten unterstellt wird. Aber auch die Beschäftigten der Festsetzungs- und Erhebungsstellen müssen häufig Begründungen eingeben, warum sie diese oder jene Abfrage gefertigt haben. Sollte beim Schließen der vielen Fenster zum Dienstschluss diese Protokollnachfrage übersehen worden sein, wird am nächsten Tag unerbittlich nachgefragt. Auch der Hinweis „Eine unerlaubte Aktion wurde beendet und protokolliert. Bestätigen Sie Ihre Verantwortlichkeit mit OK“ erscheint immer wieder unerwartet und selbst bei dem so überaus heiklen Anklicken der Computeruhr. Vielleicht wittert hier SenFin die Gefahr, dass jemand auf die Idee kommt, einfach die Zeit zurückzudrehen, und auf ein Jahr einzustellen, wie es zu EOSS passen würde.

Der tägliche Umgang mit EOSS zeigt jedenfalls deutlich die Einstellung der Verantwortlichen gegenüber den Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern, die von einem tiefen Misstrauen geprägt zu sein scheint.

ver.di erwartet von SenFin die umgehende Änderung der Programmeinstellungen! Entsprechende Forderungen werden wir selbstverständlich auch im GPR vertreten. Programmänderungen sind möglich, das hat sich bei der Angabe der Bearbeitertelefonnummer auf Steuerbescheiden gezeigt. Eine Änderung des Programmpakets war für die Senatsebene damals zunächst auch undenkbar.

Impressum

Eine Veröffentlichung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Bezirksverwaltung Berlin, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin

Verantwortlich für den Inhalt: Antje Thomaß, antje.thomass@verdi.de

Redaktion: Klaus-Dieter Gössel, Jörg Bewersdorf, Daniela Ortman

Layout: Manfred Schultz

Herstellung: tableau GmbH

www.verdi.de

www.verdi.de/berlin/fachbereiche/fb_06

www.bb-verdi.de

www.seitenweise-verdi.de

www.vau-online.de

Leserbriefe an: info@vau-online.de



Die Zukunft des Schlaglicht mittleren Dienstes

Auf die Kolleginnen und Kollegen des mittleren Dienstes kommen erhebliche Veränderungen zu. Die Senatsverwaltung für Finanzen geht davon aus, dass sich die Tätigkeiten des mittleren Dienstes in Zukunft durch den Einsatz von Programmen wie beispielsweise das Risikomanagement verringern. Deshalb verändert sie bereits jetzt die Stellenstruktur. SenFin hat schon im Haushalt 2008 Stellen des mittleren Dienstes zu Gunsten von Stellen des gehobenen Dienstes abgemeldet. Und weitere Stellenumwandlungen sind in der Zukunft geplant. Der Praxisaufstieg trägt dieser Entwicklung Rechnung. Durch ihn erhalten 250 Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit, in den gehobenen Dienst aufzusteigen.

Allerdings hat sich der Umfang der Aufgaben für den mittleren Dienst bisher kaum

verändert. Dass das Risikomanagement zu einer deutlichen Entlastung von Aufgaben führen würde, war eine krasse Fehleinschätzung von SenFin. Als Folge lastet auf den Kolleginnen und Kollegen im mittleren Dienst aufgrund des unvermeidbaren Stellenabbaus ein immer stärkerer Arbeitsdruck. Diese Belastungen müssen endlich gewürdigt werden. ver.di fordert deshalb eine spürbare Verbesserung der Beförderungssituation. Es gilt, die durch aufsteigende Kolleginnen und Kollegen freiwerdenden höherwertigen Stellen zu erhalten, umgehend auszuschreiben und unverzüglich neu zu besetzen. Und es gilt, endlich wieder Kolleginnen und Kollegen unterhalb von A 8 für den prüfungspflichtigen Aufstieg zuzulassen.



Klaus-Dieter Gössel

Vorsitzender der
Fachkommission
Steuerverwaltung
ver.di Berlin

Ihr Klaus-Dieter Gössel



Beitrittserklärung

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin

Ich möchte Mitglied werden ab _____
Monat/Jahr

Persönliche Daten:

Name _____

Vorname _____ Titel _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Land (nur bei Wohnsitz im Ausland) _____

Telefon (privat/dienstlich) _____

E-Mail _____

Geburtsdatum _____ Krankenkasse _____

Nationalität _____

Geschlecht weiblich männlich

Beschäftigungsdaten:

- Arbeiter/in Angestellte/r
 Beamter/in DO-Angestellte/r
 Selbstständige/r freie/r Mitarbeiter/in

- Vollzeit
 Teilzeit _____ Anzahl Wochenstnd.
 Arbeitslos
 Wehr-/Zivildienst bis _____
 Azubi – Volontär/in – Referendar/in bis _____
 Schüler/in – Student/in bis _____
 Praktikant/in bis _____
 Altersteilzeit bis _____
 Sonstiges _____

Beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ _____ Ort _____

Personalnummer _____

Branche _____ ausgeübte Tätigkeit _____

Ich bin Meister/in – Techniker/in – Ingenieur/in

Ich war Mitglied der Gewerkschaft _____

von: _____ bis: _____
Monat/Jahr Monat/Jahr

Werber/in:

Name _____

Vorname _____

Mitgliedsnummer _____

Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die Gewerkschaft, den jeweiligen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren bzw. im Gehalts-/Lohnabzug

- monatlich vierteljährlich
 halbjährlich jährlich einzuziehen.

Name des Geldinstituts, in Filiale _____

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Name des Kontoinhabers _____

Datum / Unterschrift des Kontoinhabers _____

Tarifvertrag _____

Tarifliche Lohn- bzw. Gehaltsgruppe
lt. Tarifvertrag _____

Tätigkeits-/Berufsjahr _____

Bruttoeinkommen _____

Euro _____

Monatsbeitrag

Euro _____

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1 Prozent des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruheständler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5 Prozent des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt 2,50 Euro monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungsgeldempfänger/innen und Sozialhilfempfangler/innen beträgt der Beitrag 2,50 Euro monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

Datum _____ Unterschrift _____

Ich willige ein, dass meine persönlichen Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Mitgliedsverhältnisses und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.



We proudly present:

LISTE 1 – ver.di und Nichtorganisierte

Deine Wahlen für eine neue GJAV

Stichtag 21. Mai 2008! Hier kannst Du entscheiden, ob wir weiterhin für Dich Deine Interessen vertreten dürfen!

Mit Deiner Stimme für uns steht eine Gruppe hinter Dir, die sich sowohl aus motivierten neuen als auch aus erfahrenen KollegenInnen zusammensetzt und Dir somit ein breites Spektrum an Unterstützungsmöglichkeiten bietet.

Wir werden den guten Draht zum Ausbildungsreferat in der Senatsverwaltung für Finanzen nutzen, die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Gesamtpersonalrat aufrecht erhalten und die Gespräche mit der Fachhochschule Königs Wusterhausen ausbauen, um Deine Ausbildung zu optimieren und Dir so Perspektiven – vor allem in Sache Übernahme – zu schaffen.

Nutze Deine Chance, gib uns Deine Stimme!

- am 21. Mai in Deinem Finanzamt
- oder vorab per Briefwahl

„Vertrauen finde ich besser!“

Klaus Wilzer im Interview

vau: SenFin hat mit der Speicherübersicht bei EOSS neue Kontrollmöglichkeiten geschaffen. Was bedeutet das für die Beschäftigten?

Klaus Wilzer: Auch bisher hat es bereits eine Erledigungskontrolle gegeben. Aber was da aus der monatlichen Statistik zu ersehen war, ist mit dem, was EOSS ermöglicht, nicht zu vergleichen. Jetzt können alle im Sachgebiet, von den Kolleginnen und Kollegen über den Sachgebietsleiter bis hin zum Vorsteher, unbemerkt für die Betroffenen sich anschauen und aufzeichnen, was getan wurde. Und das noch täglich. Das ist nicht hinnehmbar, denn es vergiftet das Arbeitsklima.

vau: Wo siehst Du denn hier Gefahren?

Klaus Wilzer: Abgesehen davon, dass die Kontrolle ohne Wissen der Betroffenen

schon ein Unding ist, sind die Erkenntnisse aus der Speicherübersicht überhaupt nicht aussagekräftig. Denn es wird nur die Arbeitsmenge festgehalten, ohne danach zu fragen, wie der Arbeitsaufwand war oder wie die Bedingungen auf dem Platz aussahen. Und die vielen zusätzlichen Tätigkeiten werden gar nicht erfasst.

vau: Was erwartest Du von der Verwaltung?

Klaus Wilzer: Nicht alles was technisch möglich ist, muss auch gemacht werden. Scheinbar findet die Verwaltung Kontrolle gut; ich finde Vertrauen besser. Wenn EOSS so gut ist wie SenFin immer behauptet, dann dürfte es auch kein Problem sein, solche Kontrollmöglichkeiten auszuschließen. Das erwarte ich von den Verantwortlichen bei SenFin.



Klaus Wilzer
GPR-Vorsitzender

Unsere neue Gewerkschaftssekretärin für die Finanzämter

Ich stelle mich als neue Gewerkschaftssekretärin für die ver.di-Mitglieder in den Berliner Finanzämtern vor. Ich heiße Antje Thomaß und habe seit Januar dieses Jahres meine Tätigkeit im Fachbereich Bund und Länder des ver.di-Bezirks Berlin aufgenommen. Ich bin 38 Jahre alt, verheiratet und habe einen dreijährigen Sohn.

Mein Werdegang bei der Gewerkschaft: 1990 begann ich als Verwaltungsangestellte bei der ÖTV Berlin. Der Ausbildung zur Gewerkschaftssekretärin schloss sich die Arbeit als Bezirksjugendsekretärin der ÖTV Berlin direkt an.

In 2001 habe ich das Studium „Öffentliches Dienstleistungs-Management“ an der FHVR Berlin und FHTW Berlin aufgenommen. Zentrales Thema des Studiengangs war die Staats- und Verwaltungsmodernisierung – in all ihren Facetten.

Seit August letzten Jahres bin ich wieder bei ver.di tätig. Neben der Betreuung der Berliner Finanzämter arbeite ich projektbezogen für die Personalvertretungswahlen im Fachbereich Bund und Länder.

Auf eine gute Zusammenarbeit!



Wortbruch – SenFin stoppt Aufstockung von Teilzeit in letzter Minute

Deutschlands kundenfreundliche Krankenkasse*
*Spitzenplatz beim Kundenwettbewerb Deutschland 2007



GEK
Gesünder ErsatzKasse

Jetzt wechseln
zu Deutschlands kunden-
freundlicher Krankenkasse*;
0 18 01/43 55 34**, www.gek.de
GEK Berlin-Spandau,
Nonnendammallee 42-43,
Berlin-Spandau@gek.de
Tel: 030/3549280

“Extra Leistungen, die nicht
extra kosten. So ist unsere
freundliche Gmünder.“

Mehr Service-Leistungen, mehr Vorsorge-Angebote: Gute Gründe, warum die Gmünder 11-mal in Folge einen Spitzenplatz als kundenfreundliche Krankenkasse in Deutschland* belegt. Mehr dazu unter www.gek.de

Mit uns geht's Ihnen gut.

Noch immer gibt es in den Finanzämtern Beschäftigte (alleamt Frauen im Angestelltenverhältnis), die unbefristete Teilzeitarbeitsverträge haben und seit Jahren versuchen, eine Aufstockung ihrer Teilzeitbeschäftigung zu erreichen. Gestellt wurden die Anträge ursprünglich, um die notwendige Betreuung der Kinder besser wahrnehmen zu können. Inzwischen sind die Kinder dem betreuungspflichtigen Alter längst erwachsen.

Geblichen ist den Frauen die Teilzeitbeschäftigung.

Die Notwendigkeit eines Existenz sichernden Einkommens von Frauen wird allgemein anerkannt. Dennoch wurden Anträge auf Erhöhung der Arbeitszeit bzw. Rückkehr in die Vollzeit regelmäßig mit dem Hinweis auf die schwierige Haushaltslage versagt. Die wirtschaftliche Notlage der Betroffenen spielte bei der Entscheidung keine Rolle.

Im letzten Jahr gab es endlich einen Lichtblick am Horizont. Die Senatsverwaltung für Finanzen (SenFin) hatte aufgrund der jahrelangen Forderungen von Gesamtpersonalrat, Gesamtfrauenvertretung und ver.di endlich ein Konzept vorgelegt, nach dem jährlich ca. 20 Frauen die schrittweise Aufstockung ihrer Arbeitszeit ermöglicht werden sollte. Und die erste Runde in 2007 konnte auch erfolgreich durchgeführt werden. Doch als die nächste Runde für 2008 vorbereitet wurde und entsprechende Abstimmungen mit den Finanzämtern erfolgten, stoppte SenFin plötzlich und unerwartet das Verfahren. Wie groß die Enttäuschung bei denjenigen ist, die jetzt erfahren haben, dass das Konzept nicht wie geplant umgesetzt, sondern die anstehenden Aufstockungen schrittweise über das Jahr verteilt vorgenommen werden sollen, ist nachvollziehbar. SenFin hat nicht Wort gehalten. Das bedeutet einmal mehr den Verlust von Glaubwürdigkeit.

ver.di fordert, sofort zum vereinbarten Verfahren zurückzukehren und umgehend die Arbeitszeit von 20 teilzeitbeschäftigten Frauen wie vorgesehen aufzustocken.

Es geht um Ihr Geld

ver.di fordert spürbare Gehalts- erhöhung

Der Regierende Bürgermeister Wowereit und sein Finanzsenator Sarrazin haben seit Jahren ein Feindbild: Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Tausende von Stellen haben sie im öffentlichen Dienst abgebaut, davon auch einen erheblichen Teil in der Steuerverwaltung.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst Berlins leisten insbesondere seit 2003 einen erheblichen Beitrag zur Sanierung des Berliner Haushalts, und zwar rund 500 Mio. € jährlich. Das wird vom Senat bis heute nicht honoriert. Und er setzt noch einen oben drauf und will bis 2010 keine Gehaltsanhebung zulassen. Der Öffentlichkeit macht er vor, der Anwendungstarifvertrag lasse eine Anhebung der Bezüge nicht zu. Das ist gelogen, denn § 11 dieses Tarifvertrages lässt Einkommenserhöhungen durchaus zu. Immer wenn sich die zu Grunde liegenden bundesweiten Tarifverträge ändern, kann verhandelt und natürlich auch ein Arbeitskampf geführt werden. Und die zu Grunde liegenden bundesweiten Tarifverträge haben sich verändert. Bereits seit 1.1.2008 erhalten die Arbeitnehmer in allen anderen Bundesländern 2,9 % mehr und Einmalzahlungen für die Zeit davor. In den meisten Bundesländern ist dieses Ergebnis im Wesentlichen auch auf die Beamten übertragen worden.

Der Berliner Senat war bisher nicht bereit, ver.di entgegenzukommen und ein ernstzunehmendes Angebot vorzulegen. ver.di hat bereits mehrere Aktionen und Warnstreiks durchgeführt. Daran haben sich auch Kolleginnen und Kollegen aus den Finanzämtern beteiligt. ver.di wird weiter Druck erzeugen und hat die Lohn- und Gehaltstarifverträge zum alten Tarifrecht (BAT/BMT-G/-O) gekündigt. Unsere Forderung lautet für die Beschäftigten in den Landesverwaltungen weiterhin 2,9 % mehr Gehalt. Wir rufen Sie dazu auf, sich



an den Aktionen und Warnstreiks zu beteiligen. Der Senat will die Sache aussitzen. Wir müssen ihn dazu bringen, sich in unserem Sinn zu bewegen. Unsere Forderungen sind nach fast fünf Jahren ohne Gehaltserhöhung mehr als berechtigt.

Aktion am 22.2.2008 auf dem Fehrbelliner Platz.

Wie nicht anders zu erwarten war:

Hurra! EOSS erfolgreich eingeführt!



Der Steuerbürger hat nix gemerkt von der großen Softwareumstellung. Er hat es vermutlich auch gar nicht erfahren,

weil er an dem entscheidenden Tag, an dem die Senatsverwaltung die Pressemitteilung veröffentlichte, gerade keine Zeitung erwarb. Oder den kleinen Dreizeiler auf Seite 17 übersah. Macht aber nichts, denn es läuft ja. „Wir sind im Plan.“

Wehe, wenn irgendwer was anderes behauptet. Der Senator hat immer Recht! Die Senatsverwaltung bleibt stoisch bei ihrer Aussage, EOSS sei erfolgreich eingeführt und lediglich bei der Bescheiderteilung gäbe es „geringe Verzögerungen“, die aber auch schon in Kürze Geschichte seien.

Nun sind wir bekanntlich ein freies Land und darauf sind wir stolz. Hier kann jeder seine Meinung sagen. Hier wird nichts unter den Teppich gekehrt, und der mündige, gut informierte Bürger ist quasi unser Staatskapital. Im Grundgesetz ist sogar geregelt: „Eine Zensur findet nicht statt“. Also wollen wir gemeinsam feststellen:

Die EOSS-Einführung ist ein voller Erfolg!

Die Bearbeitung von AdV-, Stundungs- und Erlassanträgen erfolgt seit dem angeordneten 15.01.08 völlig fehlerfrei. Die 3 500 Dokumente im Dokumenten-Management-System sind alle vorhanden, super aufgebaut und füllen sich quasi von selber aus. Es ist nie geschehen, dass gestern mal der eine Vordruck zu einem „Abhängen“ des PC führte, heute mal der Andere, morgen mal ein Dritter. Niemand vermisst seine alten Mustervordrucke, denn die Neuen sind viel schöner. Außerdem macht es Spaß, sie zu suchen und zu finden, denn das D-M-S ist super strukturiert und logisch aufgebaut.

In EOSS sind kleinere Spielchen eingebaut: „Such den richtigen Drucker“, „Wer hat alle Hinweise abgearbeitet?“, „Hat einer meine Favoriten gesehen?“, das lockert den Arbeitsalltag erheblich auf. Beglückte Ausrufe wie „Ich hab' ihn!“ heben die Stimmung in den Teams.

Die Leitung nach Cottbus ist quasi eine zehnspurige Autobahn, auf der alle mit zweihundert Stundenkilometern dahinbrausen. EOSS ist super benutzerfreundlich, das Programm ist flexibel wie ein Gummiband und die Wünsche der Anwender (der Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern) werden vollumfänglich erfüllt. Bescheidausfertigungen oder Ausdrucke der Eingabedaten stellt das System schon bei dem Gedanken daran zur Verfügung. Die Ausdrucke sind super übersichtlich, extrem gut lesbar. Das E-Mail-Verfahren ist eine Wonne, die Struktureinheiten am PC sind entzückt. Und wir haben alle haufenweise Ordner! Je wichtiger die Struktureinheit, desto mehr Ordner. Das freut unsere Führungstruktureinheiten. Da sind die wichtigen Mitteilungen gleich mehrfach drin. Und sie dürfen sie immer wieder öffnen, bevor sie sie löschen können. Das ist schön, denn man vergisst ja so schnell ...

In den Rechtsbehelfsstellen freuen sich alle darüber, dass sie ihr Juris-Programm durchweg nutzen konnten und Paradox lief paradoxerweise auch sofort wieder. Die Betriebsprüfer weinen ein bisschen, weil sie noch nicht richtig mitspielen dürfen. Sie freuen sich aber über TZÜ-Geschenke von den F-Plätzen, denn dann können sie wenigstens ein bisschen „estan“.

Unsere EOSS-Multis werden eigentlich gar nicht gebraucht. Nach der Umstellung schnurrten alle PCs los wie fleißige, kleine Bienchen. Das Programm ist so schön, dass die Kolleginnen und Kollegen keine Fragen haben, keine Workshops brauchen. Gut, dass die Senatverwaltung in weiser Voraussicht die Multis nicht von ihrer normalen Arbeit entlastete, sonst wüssten diese gar nicht ihren Arbeitstag zu füllen.

Oh, wie schön ist die neue EOSS-Welt!

(Schön ist auch, dass nach der letzten Gesundheitsreform Kopfschmerz- und Beruhigungstabletten sowie Antidepressiva rezeptfrei und verbilligt in den Apotheken erhältlich sind. Wir empfehlen Familienvorratspackungen.)

Wo hab ich eigentlich meine Tabletten gelassen?

Die vau sowie weitere Informationen und Links können Sie bei www.vau-online.de einsehen.